



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

J., H.: Der Reichskanzler

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Reichskanzler



as Rosenfest der Frühlingskönigin, als die der Oberbürgermeister von Berlin die erlauchte Braut des Kronprinzen bei ihrem Einzuge begrüßte, hat an dem Hochzeitmorgen auch dem Reichskanzler eine Morgengabe — die Fürstenkrone gebracht. Viel ist schon darüber geschrieben worden; die meisten Blätter haben sich den „naheliegenden“ Vergleich mit der Fürstenkrone Bismarcks von 1871 nicht entgehen lassen.

Lag er wirklich so nahe? Mit der Verleihung des Fürstentitels an Bismarck war Kaiser Wilhelm dem Vorgange seines Vaters gefolgt, der nach dem ersten Befreiungskriege zu Paris am 3. Juni 1814 die Fürstenwürde an Blücher und Hardenberg für ihre großen Verdienste um die Wiedererhebung Preußens und die Befreiung des Vaterlandes verlieh. Die Übertragung des österreichischen Fürstenstandes an Metternich, der seit 1803 Reichsfürst war, war am 20. Oktober 1813 vorangegangen. Für König Friedrich Wilhelm mag die Erwägung nicht ohne Einfluß gewesen sein, daß wo Oesterreich in Schwarzenberg und Metternich den Fürstentitel an der Spitze des Heeres wie der Staatsverwaltung hatte, der ruhmvolle Führer des preussischen Heeres und der verdienstvolle Staatskanzler, die beide sehr viel größere Ruhmestitel aufzuweisen hatten als Schwarzenberg und Metternich, hinter diesen in Rang und Würden nicht zurückstehn sollten.

Anderß stand die Sache bei Bismarck. Um die Zeit, wo Moltke im Hauptquartier zu Versailles seinen siebenzigsten Geburtstag beging, war davon die Rede gewesen, ihm und Bismarck Titel zu verleihen, die mit den wiedergewonnenen alten Landesteilen Elsaß und Lothringen in Verbindung gebracht werden sollten. Als Bismarck davon erfuhr, wehrte er sich energisch gegen diese Übertragung „napoleonischer Gepflogenheiten“ auf den preussischen Dienst. Aber es war dennoch selbstverständlich, daß ihm am Abschlusse eines so außerordentlichen Kapitels der Weltgeschichte eine feinen unsterblichen Verdiensten entsprechende Auszeichnung zuteil wurde. Bismarck empfing den Fürstentitel gleichsam als Schöpfer von Kaiser und Reich am Morgen der Eröffnung des ersten deutschen Reichstags, am Tage vor dem ersten Geburtstage, den König Wilhelm als deutscher Kaiser beging. Das eigenhändige Schreiben des Kaisers vom 21. März 1871 an Bismarck verweist ausdrücklich auf diesen Zusammenhang.

Der Regierung des ersten deutschen Kaisers waren von dem Tage an, wo er die Regentschaft in Preußen übernahm, bedeutende Ziele gesteckt. Vielleicht nicht von ihm selbst, der wiederholt ausgesprochen hat, daß seinem Sohne große Aufgaben vorbehalten seien. In der Zeit der Armeeorganisation

betrachtete er sich gleichsam als einen andern Friedrich Wilhelm den Ersten, der für den Sohn und Nachfolger das Heer vorzubereiten habe, das dieser zur Erfüllung der Aufgaben Preußens nötig haben würde. Damit erklärt sich auch der Abdankungsgedanke, der wiederholt in kritischen Augenblicken an ihn herantrat. Als Bismarck im September 1862 berufen wurde, lag die Abdankungsurkunde, wemgleich noch nicht unterzeichnet, auf dem Schreibtisch des Babelsberger Schlosses, und noch im Juli 1866 telegraphierte Bismarck an den Gesandten in Paris, daß der König lieber entschlossen sei, abzudanken als auf eine Vergrößerung Preußens zu verzichten, und daß er den Kronprinzen zu sich berufen habe. Die Vorsehung hatte es anders mit Deutschland beschloffen und sich gerade diesen schon betagten Monarchen mit seinen großen Charaktereigenschaften und seiner Ehrfurcht gebietenden Persönlichkeit als Werkzeug für die Einigung Deutschlands erkoren. Sie führte ihm auch die Männer zu, mit denen er diese Arbeit vollbringen konnte; seine Dankbarkeit hieß ihn dann auch seinen großen Mitarbeitern die höchste Anerkennung und die größten Ehren zuwenden: für Bismarck den Fürstentitel, für Moltke und Roon den Grafentitel, ebenso für beide den Feldmarschallstrang, den bis dahin in Preußen weder der Generalstabschef noch der Kriegsminister getragen hatte. Alle drei waren eben mehr, und waren namentlich auch dem Könige persönlich mehr als die obersten Leiter ihrer Ressorts; sie verkörperten in ihren Persönlichkeiten die Lebenskraft, die Siegeskraft des preußischen Staates.

Als der jetzige Reichskanzler auf seinem Vorbereitungsposten des Staatssekretärs des Auswärtigen zum Nachfolger des Fürsten Hohenlohe ernannt wurde, vollzog sich eigentlich nur, was in politischen Kreisen allgemein erwartet worden war. Von dem Tage seiner Berufung aus Rom nach Berlin im Jahre 1897 hatte man in ihm den eigentlichen Minister Kaiser Wilhelms des Zweiten gesehen.

Fürst Hohenlohe hatte es bei seinem Amtsantritt in vertrautem Gespräch als seine Aufgabe bezeichnet, Öl auf die aufgeregten Wogen zu gießen; wenn es ihm gelungen sein werde, sie einigermaßen zu beruhigen, wollte er den Kaiser bitten, das weitere jüngern Händen anzuvertrauen. Er hatte an eine Kanzlerschaft von wenig mehr als zwei Jahren geglaubt; der damals fünf- undsiebzehnjährige Staatsmann konnte keine großen Pläne für eine lange Zukunft machen. Die Beruhigung der aufgeregten Wogen war ihm freilich nur soweit gelungen, als die durch die Entlassung Bismarcks heraufbeschwornen Gegensätze in Betracht kamen. Die Gegensätze, in die die Regierung durch die Handelsverträge zur Landwirtschaft, durch die Kanalvorlage zur konservativen Partei geraten war, hatte er nicht nur nicht zu bannen vermocht, sie hatten sich im Gegenteil vertieft. Es war nicht zu verkennen, daß die Autorität der Regierung dem Reichstage gegenüber im Rückgang war; der Glaube an die Einheitlichkeit in der Aktion des Staates war stark erschüttert.

Der neue Reichskanzler sah somit wahrlich keine leichte Aufgabe vor sich. Große Ziele, die die Aufmerksamkeit der Nation beanspruchen, ihre Tatkraft sammeln konnten, waren nicht vorhanden, es mußte also an eine stille, unermüdete Arbeit gegangen werden, die beiden Gegensätze langsam zu überbrücken. Die Aufgabe war um so schwieriger, als Graf Bülow selbst nicht

Landwirt und durch seinen langen Dienst im Auslande den innern Angelegenheiten und namentlich den Parteien und ihren Führern fremd war. Eine begreifliche Delikatesse hatte ihm dabei auch in den Vorbereitungsjahren die Notwendigkeit auferlegt, sich außerhalb seines Ressorts als Staatssekretär des Auswärtigen am politischen Leben nur mit großer Zurückhaltung zu beteiligen und Anknüpfungen nur mit Vorsicht zu wählen. Als Kaiser Wilhelm ihm am 17. Oktober 1901 auf dem Bahnhofe zu Hamburg die Mitteilung machte, daß er ihn nunmehr zum Reichskanzler ernannt habe, mag Graf Bülow nicht ausgesprochen, aber doch gedacht haben, was Bismarck im Jahre 1850 dem König auf dessen Mitteilung, daß er als Bundestagsgesandter nach Frankfurt solle, erwidert hatte: „Wenn Eure Majestät den Mut haben, zu befehlen — ich habe den Mut, zu gehorchen.“ Denn wenn der nunmehrige Fürst Bülow auch keine von den Eigenschaften hat, die man an Bismarck als junckerlich zu bezeichnen pflegte, eine jedenfalls teilt er mit ihm: an Aufgaben, die gelöst werden müssen, gutes Muts und in der Überzeugung heranzutreten, daß sich die Lösung auf irgendeine Weise werde erreichen lassen. Sei das Ganze nicht erreichbar, so werde man auch mit zwei Dritteln einstweilen zufrieden sein. Für Bismarck ist die Äußerung ungemein charakteristisch, die er bei Königgrätz zu dem Kommandeur der Brandenburger Kürassiere tat, als das Regiment aus dem österreichischen Granatfeuer zurücktritt, und der Führer auf Bismarcks Frage nach dem Grunde des Abmarsches bemerkte: „Wir können hier vor den Granaten nicht halten bleiben.“ — „Ich glaubte, Sie würden hinreiten und nachsehen, wo sie herkommen,“ lautete Bismarcks Antwort. Man darf dieses Wort getrost als eine Regel ansehen, nach der er sein politisches Metier handhabte. Bei vorurteilsloser Prüfung der Bülowischen Amtsführung, vorurteilslos in dem Sinne, daß sie nicht an dem Maßstab einer andern Zeit und deren Aufgaben, sondern an ihrer Zeit und ihren Aufgaben gemessen wird, wird man vielleicht doch finden, daß der jetzige Reichskanzler nicht anders verfahren ist, soweit nicht andre Bedingungen des Handelns für ihn vorhanden waren. Er selbst hat es gelegentlich ausgesprochen, daß er, um eine Attacke zu reiten, festen Boden unter den Füßen haben müsse, auf schwankendem Boden ginge das nicht. Wenn die Bismarckische Politik zum großen Teil — wenn auch bei weitem nicht in so großem, als man sich gewöhnlich vorstellt — im Attackenreiten, das heißt im Angreifen des Gegners bestand, so darf dabei vor allen Dingen nicht übersehen werden, daß ihr von 1862 bis 1870 große Ziele gegeben waren, bei deren Verfolgung er der Zustimmung eines großen Teiles der Nation sicher sein durfte, und deren Erreichung zum großen Teile vom preussischen Heer abhing, dessen Leistungsfähigkeit außer jedem Zweifel stand. Darum hat Bismarck auch für dieses Heer als für die nie versagende ultima ratio seiner auswärtigen Politik Alles eingesetzt, die Übereinstimmung mit dem Könige gerade in diesem Gedanken hat in den drei ersten, den kritischen Jahren seines Ministeriums wohl mit am meisten zu der Befestigung seiner Stellung beigetragen. Die Aufgaben, die Bismarck beim Amtsantritt als Minister vor sich sah, machten bis zum Jahre 1866 eine starke Offensive nach außen und zugleich eine energische Defensive nach innen nötig, während von 1866 bis 1870 alles dem einen Gedanken untergeordnet

wurde: der Vorbereitung für die unvermeidliche Auseinandersetzung mit Frankreich.

Von alledem war für den Grafen Bülow nicht die Rede. Seine Kanzlerschaft wurzelt in ganz andern Bedingungen und Voraussetzungen als einst die Ministerschaft Bismarcks. Es ist deshalb auch gar nicht möglich, die Laufbahnen beider Männer und die ihnen zuteil gewordenen Anerkennungen miteinander zu vergleichen. Dazu sind die Zeiten und ist alles, was in Betracht kommt, doch zu verschieden. Bismarck fand bei seinem Amtsantritt eine Machtfrage vor, die er dahin zusammenfaßte, ob in Preußen der König oder die Majorität des Abgeordnetenhauses regieren sollte. Für die Zukunft des Landes war ein starkes Heer wichtiger und notwendiger als alles andre. Dieses Heer mußte mit oder ohne Parlament erhalten werden. Bismarck wußte, daß man ihn als Retter in der Not gerufen hatte, daß er für den Kampf bestimmt war, wenn keine Verständigung gelang. Er ging in diesen Kampf mit voller Zuversicht und mit dem festen Glauben an Erfolg, entschlossen, wie er auch dem König erklärt hatte, im Notfalle auch ohne Budget zu regieren. Alte Gegensätze aus dem Jahre 1848 flammten neu auf; sie haben Bismarck zum Teil bis an das Ende seiner Amtsführung begleitet.

War Bismarck so der Minister des Kampfes, so sollte Graf Bülow nach seinem ganzen Charakter wie nach dem Willen seines Monarchen im Gegenteil der Minister der Versöhnung sein, und zwar der Versöhnung gerade mit denen, die für Bismarck in seinen ersten Kämpfen die Hauptstützen gewesen waren: mit der Landwirtschaft und den Konservativen. Den Gegensatz zwischen ihnen und der Krone zu überbrücken war um so notwendiger, als gegen die Konservativen in Preußen wohl in einzelnen Fragen entschieden, aber nicht dauernd regiert werden kann, wenigstens nicht mehr nach der Einführung des allgemeinen Stimmrechts im Reiche. Von einem Frontmachen gegen die Sozialdemokratie und die Massenherrschaft kann doch nur mit der nachhaltigen Unterstützung auch jener Kreise die Rede sein, denn dieser Kampf ist nur mit Erfolg möglich, wenn sich alle bürgerlichen Parteien dazu einmütig um die Regierung scharen. Aus diesem Grunde konnte Graf Bülow auch nicht daran denken, eine prinzipielle Frontstellung gegen das Zentrum einzunehmen, das obendrein eben die beiden Flottengesetze bewilligt hatte, denn die bürgerliche Schlachtordnung gegen die Sozialdemokratie ist so lange nicht vollzählig, als das starke Zentrumsbataillon darin fehlt. Demgemäß mußte aus der Regierungsaktion alles verschwinden, was nach Fortsetzung oder Erneuerung des Kulturkampfes aussah. Das Vertrauen der deutschen Katholiken mußte gewonnen werden, ohne den Staatsinteressen in ersten Fragen etwas zu vergeben. Dieses Problem war um so schwieriger bei den Notwendigkeiten einer energischen und beharrlichen Ostmarkenpolitik mit festen Zielen. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie endlich hatte eine umsichtige und wohlwollende Sozialpolitik zur Voraussetzung, denn nur dadurch gewann die Regierung die Möglichkeit, wenigstens bei einem Teile der Arbeiterschaft den Glauben an die heutigen Staatseinrichtungen zu erhalten — und für die Stunde des ersten Kampfes ein gutes Gewissen!

So war für den Grafen Bülow die innere Lage bei seinem Amtsantritt als Reichskanzler; an innern Schwierigkeiten war mithin nach keiner Richtung Mangel. Zu diesen Schwierigkeiten gesellte sich dann noch die mißliche Finanzlage des Reichs bei der stetig wachsenden Notwendigkeit des Ausbaues von Heer und Flotte. Gestützt auf das Vertrauen der deutschen Bundesfürsten und Regierungen, das ihm im vollsten Maße zuteil geworden war, durfte jedoch der neue Kanzler mit Zuversicht hoffen, dieser Schwierigkeiten allmählich Herr zu werden.

Der Umstand, daß er den innern Fragen zum wesentlichen Teile als homo novus gegenüberstand, hat ihm sein Amt gewiß erschwert, aber auch nicht wenig erleichtert. Auf kein andres Programm eingeschworen als das des monarchischen Staatsgedankens und des gesunden Menschenverstandes, durch keine Beamtentradition der innern Verwaltung festgelegt, niemals an irgendeine Partei gebunden, den neuen Verhältnissen mit einer kühlen, ruhig abgestimmten Lebensphilosophie, aber heitern und zuversichtlichen Sinnes gegenüber tretend, Menschen und Dinge mit dem prüfenden Blick des erfahrenen Diplomaten beurteilend, so hatte Graf Bernhard von Bülow den Reichskanzlerposten übernommen. Er hatte keinerlei Bedingungen gestellt. Mit der Person des Kaisers, die vor allem für ihn in Betracht kam, war er vertraut genug, ebenso mit seinen Mitarbeitern im Reichsdienst. Wie er seine Stellung als preußischer Ministerpräsident auffaßte, ging aus einer Ansprache hervor, die er in der ersten von ihm präsiidierten Sitzung des Staatsministeriums hielt, worin er die geschlossene Einheit der Regierungsaktion forderte. Er trat damit in direkten Gegensatz zu Caprivi, der in einer seiner ersten Reden „die größere Selbständigkeit der Ressorts“ proklamierte. In dieser Hinsicht ist dem Grafen Bülow mehr gelungen als Bismarck, der über die Schwierigkeiten, die ihm seine preußischen Kollegen bereiteten, viel geklagt hat. Graf Bülow hat die Notwendigkeit der Einheit und Übereinstimmung der preußischen Politik mit der Reichspolitik mit viel größerem Erfolge zur Wirkung und Geltung gebracht, als dies seinen drei Vorgängern möglich gewesen ist.

Zieht man heute, nach einer noch nicht fünfjährigen Leitung der Geschäfte durch den Grafen Bülow, das Fazit, so sehen wir den verständigen Teil der Landwirtschaft durch Zolltarif und Handelsverträge befriedigt, die Kanalvorlage in ihrem wesentlichsten Teile unter Dach und Fach. In die Ostmarkenpolitik ist, wenn auch im einzelnen manches zu wünschen bleiben mag, ein frischer und entschlossener Zug gekommen, der sich nicht nur in Worten, sondern auch in Taten kundgibt; die Sozialdemokratie weiß genau, daß der jetzige Reichskanzler, wenn er auch noch keinen einzigen Gesetzesentwurf gegen sie eingebracht hat, ihr dennoch ein entschlossener und nicht nur im parlamentarischen Kampfe gewachsener Gegner ist, dem weder ihre Zahl noch ihre Kampfesart imponiert. Er läßt sich durch beides nicht abschrecken und wartet seine Zeit ab. Was das Zentrum anlangt, so ist jüngst im „Reichs Spiegel“ der Grenzboten darauf hingewiesen worden, daß die Katholiken mehr als ein Drittel der Bevölkerung, also auch der Reichsmacht und Reichsgewalt ausmachen, also einen gerechten Anspruch auf eine entsprechende Behandlung

haben. Dieser Tatsache hat der Reichskanzler Rechnung getragen, und der Erfolg davon wird so wenig ausbleiben wie bei jeder folgerichtigen Politik. Der Bruchteil von 21 von 60 Millionen Deutschen ist sogar noch viel höher zu berechnen, denn die 21 Millionen Katholiken bilden eine einheitlich feste Organisation, während die 35 Millionen Protestanten zum großen Teil nur dem Namen nach Protestanten sind und nichts weniger als eine einheitlich machtvolle Parteiorganisation darstellen. Sie bestehn im Gegenteil in einer Anzahl politischer und kirchlicher Parteien, die gegeneinander feindseliger verfahren als gegen das Zentrum. So beruht die starke Stellung und der politische Einfluß des Zentrums nicht auf einer Konnivenz der Regierung, sondern auf der Kurzsichtigkeit und der Indifferenz der 35 Millionen Protestanten, die den Kampf gegeneinander für das Wichtigste halten. Auch steckt in dieser Zahl wohl noch obendrein ein großer Bruchteil der Sozialdemokratie.

Gegenüber der Zerfahrenheit, in der der Reichskanzler unsre innern Verhältnisse vorfand, sind somit Zahl und Umfang der von ihm innerhalb der verhältnismäßig kurzen Frist erreichten Erfolge doch recht bedeutend. In die gesamte Regierung ist ein frischerer Zug gekommen, der Reichskanzlerposten ist wieder viel mehr zu Ehren, Ansehen und Wirksamkeit gelangt, und dem preussischen Staatsministerium sind bei seiner allmählichen Ergänzung in den Ministern von Einem, Budde, Bethmann-Hollweg Kräfte ersten Ranges gewonnen worden.

Die Betätigung des Reichskanzlers auf dem Gebiete der auswärtigen Politik hat mehr und mehr Anerkennung gefunden, auch bei denen, die sich einen deutschen Reichskanzler nicht anders vorstellen können als mit Stiefel und Sporen klirrend einhererschreitend und mit der Faust auf den Tisch schlagend. Als wir des „eisernen Kanzlers“ bedurften, um Preußen und Deutschland zu ihren Zielen zu führen, hat Gott uns ihn gesandt. Bismarck hat drei Kriege führen müssen, er würde auch vor dem vierten, falls er nötig gewesen wäre, nicht zurückgeschreckt sein. Aber er hat vom Frankfurter Friedensschluß bis zu seinem Rücktritt neunzehn Jahre lang mit aller Energie und allen Mitteln an der Erhaltung des Friedens gearbeitet, dazu den Berliner Kongreß einberufen, das Bündnis mit Österreich geschlossen, es zum Dreibund erweitert und hat es verstanden, neben diesem auch noch eine intime Annäherung an Rußland, ja sogar vertrauliche vertragsmäßige Verabredungen fast ein Jahrzehnt lang zu erhalten. Vorbildlich für seine Nachfolger kann mithin nicht der Bismarck sein, der das Deutsche Reich zu gründen und Preußen an dessen Spitze zu bringen hatte, sondern der Staatsmann, der sich nach getaner Kriegsarbeit neunzehn Jahre lang bemüht hat, das schwer Errungne zu sichern und nicht ohne zwingenden Grund vor die Notwendigkeit neuer Entscheidungen zu stellen. Dieser Politik ist Graf Bülow gefolgt, ohne irgendwo Deutschland auch nur das geringste zu vergeben. Eine der schwierigsten Aufgaben, vor die ein deutscher Staatsmann gestellt werden konnte, war die chinesische Verwicklung; wir sind mit Ehren und Ansehen daraus hervorgegangen. Während er von Intriguen und Anfechtungen aller Art umlauert war, ist dem Reichskanzler die Erneuerung des Dreibundes gelungen, der, wenn er auch die frühere Bedeutung nicht mehr haben mag, durch sein Erlöschen immerhin eine

nicht unbedenkliche Lücke in der Gruppierung der Mächte schaffen würde. Nach langjährigen Verdächtigungen von englischer und französischer Seite, die uns recht nahe an einen Konflikt mit Amerika gebracht hatten, ist es gelungen, gute und vertrauensvolle Beziehungen zu den Vereinigten Staaten herzustellen, Frankreich hat durch die marokkanische Angelegenheit eine ernste Verwarnung erhalten, die hoffentlich auf lange Zeit ihre Früchte trägt, und England, das sich alle Mühe gibt, uns in Schwierigkeiten zu verwickeln, um inzwischen das Sargsee-Tal einzuheimsen und manche andre Frage mit Ausschluß Deutschlands zu lösen, sieht sich abermals um den Erfolg seiner Bemühungen gebracht. Während des jetzigen ostasiatischen Krieges ist es Deutschland gelungen, das Vertrauen Rußlands durch gute Nachbarschaft zu befestigen und dabei dennoch das Mißtrauen zu zerstreuen, das in Japan gegen uns bestand. Damit sind selbstverständlich nicht alle Zukunftsmöglichkeiten verbürgt, aber Deutschland hat mit Beruhigung erfahren, daß bei dem vielen schlechten Wetter, durch das unser Staatsschiff in den letzten fünf Jahren gefahren ist, immer der große Mann an Kompaß und Steuer gestanden hat. Dazu kommen dann freilich noch mancherlei Schwierigkeiten, die nicht von außen, sondern von innen oft recht plötzlich und unvermittelt auftauchen, und deren nachteiligen Folgen der Reichskanzler mit Takt und Geschicklichkeit rechtzeitig vorzubeugen wußte. Wie er im Parlament jederzeit fest und entschlossen für den Kaiser eingetreten ist, so hat er auch Angelegenheiten, die aus der kaiserlichen Initiative entsprungen waren, wie seinerzeit vor der Ankunft des chinesischen Sühneprinzen oder in der lippischen Sache, mit geschickter Hand zu beseitigen gewußt. Viele Dinge, deren Ursachen und Wirkungen heute in ihrem Zusammenhang dem Publikum entgehn, werden später sicherlich einmal nicht zuungunsten des Reichskanzlers ihre Aufklärung finden. Aber heute schon hat sich in weiten Kreisen des Landes mehr und mehr die Überzeugung befestigt, daß wir in Bernhard von Bülow einen Kanzler haben, wie er unsern heutigen Verhältnissen nicht besser angepaßt sein könnte, und vielleicht ist die Behauptung nicht unrichtig, daß die Annahme der Berggesetznovelle im Abgeordnetenhaus allein mit Rücksicht auf seine Person geschehen ist und aus demselben Grunde im Herrenhaus geschehen wird.

Nun kann man zugeben, daß alle diese Verdienste noch nicht ausreichen, wie bei Blücher, Hardenberg und Bismarck den Fürstentitel darauf zu begründen. Aber das ist doch Sache des Monarchen allein, dem die Verleihung solcher Gnadenbezeugungen von Rechts wegen zusteht. Seit dem Tode Kaiser Wilhelms des Ersten ist eine Reihe solcher Rangerhöhungen geschehn, die jedenfalls sämtlich bei weitem weniger auf Verdienst um Krone und Land begründet waren. Die Fürstenwürde begründet für den Reichskanzler, so lange er im Amte ist, durchaus keinen neuen Rang; Bismarck hat seinerzeit dafür gesorgt, daß der Reichskanzler im Range allem vorausgeht, was nicht aus souveränen Häusern stammt. Dazu bedarf es mithin des Fürstentitels nicht. Aber andererseits will uns allerdings die „Exzellenz“ als eine unzureichende Titulatur für den deutschen Reichskanzler erscheinen, die ihn aus der Fülle der ihn umgebenden Exzellenzen bei weitem nicht genug heraushebt. „Der Kanzler in Germanien“ sollte mit seiner in der Welt einzigen Stellung

eo ipso dem deutschen Fürstenstande angehören. Der verewigte Feldmarschall Manteuffel pflegte zu sagen: „Der Feldmarschall steht über der Exzellenz“ und ließ sich von seiner Umgebung gern „Herr Feldmarschall“ anreden. In noch viel höherm Grade gilt dies von der weithin über die Erde ragenden Stellung des Reichskanzlers, auf die alle Völker zu sehen gewöhnt sind.

Der nunmehrige Fürst Bülow hängt schwerlich an diesen äußerlichen Dingen, zumal da eine Deszendenz für den Fürstentitel nicht vorhanden ist. Im Amte bedarf er seiner nicht, außer Amte würde ihm sein Platz in der Hofrangordnung wahrscheinlich sehr gleichgiltig sein. Anders steht es aber um den Monarchen, der seinem Dankgefühl einen bleibenden, weithin sichtbaren Ausdruck geben will und so die mit der Verleihung des Fürstentitels verbundene Anerkennung dadurch verdoppelt, daß er sie an das schönste Familienfest im Kaiserhause knüpft. Wie, wann und wodurch sich der Kaiser dankbar erweisen will, darüber ist er allein Herr. Von allen Fürstentiteln, die seit Bismarck verliehen worden sind, haftet an diesem jedenfalls nicht nur Gunst, sondern weit vor allen andern wirkliches Verdienst.

Es ist bekannt, daß der Reichskanzler die ihm schon nach der Annahme der Handelsverträge zuge dachte Fürstenwürde bescheiden abgelehnt hat, unter anderm mit dem Hinweise darauf, daß er sie einem parlamentarischen Erfolge, bei dem doch immerhin weite und ehrenwerte Kreise des Landes die Überwundenen wären, nicht verdanken möchte. Die Verleihung am Hochzeitmorgen des Kronprinzen gibt der nunmehr erfolgten Auszeichnung so sehr den Charakter persönlicher Guld, daß mit Ausnahme der Reider sich niemand verletzt fühlen und Graf Bülow sich ihr nicht entziehen konnte.

Die neue Fürstenkrone ist von diplomatischem und parlamentarischem Lorbeer umrankt, dieser aber umhüllt von den Rosen des Hochzeitstages, an dem der Kaiser, in dem Bedürfnis, seinem ersten Berater eine Freude zu bereiten, ihm diese Krone in früher Stunde zur Morgengabe brachte. Die Stärkung, die die politische Autorität des Reichskanzlers dadurch erfahren hat, ist höher anzuschlagen als die Auszeichnung selbst; am höchsten aber ist es der Wunsch, worin der Kaiser sich mit der großen Mehrzahl aller patriotischen Deutschen begegnet, daß dieser Kanzler in Germanien uns noch lange erhalten bleiben möge.

H. J.



Meißen

Von Otto Eduard Schmidt



Es ist nun fast dreißig Jahre her, aber noch immer steht mir der Tag frisch im Gedächtnis, wo ich zuerst den Boden der ehrwürdigen Stadt Meißen betrat. Am „schwarzen Brett“ der Universität Leipzig war zur Aushilfe für einen zum Militär eingezogenen Oberlehrer des Meißner Progymnasiums ein älterer Student gesucht worden — ich hatte mich, da es sich nur um einen Monat handelte, und ein Gehalt von 150 Mark verheißen wurde, gemeldet und die Stellung erhalten. Als ich danach eines Sonnabends mit der Bahn nach Meißen fuhr, ahnte ich nicht, daß